

Wie die Baunormung verbessert werden könnte

Text: Rainer Post

Architekten und Planer sind mit einer unüberschaubaren Norm- und Regelvielfalt konfrontiert, die zudem in sich inkonsistent ist und einer ständigen Erweiterung unterliegt. Hier besteht Handlungsbedarf: Normen müssen gestrafft und auf das Wesentliche reduziert werden. Die Bauordnungen der 16 Bundesländer mit den entsprechenden Technischen Baubestimmungen sollten vereinheitlicht werden.

In Deutschland gibt es rund 3.750 Normen, die für die Bereiche Planen und Bauen relevant sind, dazu zahlreiche weitere Technische Regeln und Richtlinien. Oftmals überschneiden sich diese Vorgaben oder widersprechen sich gar. Planungsbüros sind zudem mit einer ständigen normativen Weiterentwicklung konfrontiert und müssen beispielsweise in der Objektplanung in über 30 Gewerken auf dem aktuellen technischen Stand mit allen bauphysikalischen und brandschutztechnischen, aber auch bauordnungsrechtlichen Anforderungen sein.

Die Normung obliegt dem Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN). Nach Prüfung des Bedarfs entwickeln die am DIN angesiedelten Ausschüsse die entsprechenden Normen. Die Ausschüsse sind besetzt mit Mitgliedern aus Industrie, Handel, Handwerk, Berufsverbänden, Wissenschaft und Behörden. Problematisch ist, dass insbesondere Vertreter der Industrie im Allgemeinen von ihren Arbeitgebern abgestellt werden, um sich mit ausreichend zeitlichen Kapazitäten intensiv einzubringen und Normen im Sinne ihrer Arbeitgeber weiterzuentwickeln. Die Entsendung von Vertretern der öffentlichen Hand ist hingegen stark rückläufig. Die Mitwirkung von Vertretern der Berufsverbände erfolgt ehrenamtlich und geht zu Lasten ihrer hauptberuflichen Tätigkeit. Somit können sektorale Interessen überhandnehmen. Zugleich führt der starke Einfluss der Industrie zu einer Überbetonung technischer Details und von Teilaspekten.

Normen haben heute auch keine Zeit mehr, sich zu bewähren, da sich die Bauprodukte immer schneller erneuern. Besser wäre es, wenn Relevanz und Folgekosten bei der Normenar-

beit stärker durch unabhängige Institutionen betrachtet werden würden. Hier könnten gerade die Planerberufe mit ihrem Überblick über den gesamten Planungs- und Bauprozess einen Ausgleich herbeiführen, mehr Wert auf Bewährtes legen und so Ruhe und Konstanz erwirken. Die Vertretung durch unabhängige Fachleute in nationalen, aber auch internationalen Gremien sollte als Verbraucherschutzmaßnahme vom Bund finanziert werden.

DIN-Normen werden von Gremien erarbeitet, die nicht demokratisch legitimiert und deren Mitglieder der Öffentlichkeit unbekannt sind. Sie haben somit nicht den Charakter von gesetzlichen Vorschriften, mit Ausnahme als Technische Baubestimmungen. Dennoch sind Normen und technische Regeln für die planenden Berufe relevant, denn diese schulden ein mängelfreies Werk, errichtet nach den anerkannten Regeln der Technik (a.R.d.T.). Normen werden oftmals als Hilfsmittel zur Definition des Planungssolls eingesetzt, wobei auch von Sachverständigen übersehen wird, dass eine DIN-Norm – auch in Teilen – oftmals veraltet ist. Hier entsteht regelmäßig das Problem, den Nachweis zu erbringen, was vertraglich vereinbart war, gerade bei Zielkonflikten durch unterschiedliche Regelungen wie etwa Bauordnungsrecht versus Arbeitsstättenrecht. Planer müssen deswegen immer mehr Aufwand für die Erläuterung und Dokumentation als Entscheidungsvorbereitung betreiben.

Auch die reine Ausrichtung der Normung auf Neubauten ist nicht mehr praxistgerecht. Maßnahmen im Bestand entwickeln sich so zum Problem, gesteigert dann noch durch ordnungsrechtliche Vorgaben wie beispielsweise den Denkmalschutz. Der Nachweis der

Gebrauchstauglichkeit bestehender Konstruktionen, insbesondere, wenn neue Bauelemente befestigt werden sollen, erfordert einen enormen Arbeitsaufwand. Dieser ist durch die Honorare gemäß HOAI trotz der Umbauschläge ebensowenig abgedeckt, wie das höhere Haftungsrisiko.

Der Staat und seine Behörden geben mehr und mehr die Kontrolle ab, hoheitliche Aufgaben in der Abnahme von Bauwerken werden auf privatrechtlich beauftragte Sachverständige übertragen. Diese versuchen, ihre Haftung durch Verschärfung der Anforderungen zu reduzieren und stellen immer neue technische Forderungen, oft auf nicht nachvollziehbarer Grundlage. Ergo sollten die Begrifflichkeit der a.R.d.T. dringend angepasst und Planer haftungsrechtlich stärker entlastet werden.

Damit Bauen wirtschaftlich vertretbar bleibt, sollten die Bauordnungen der 16 Bundesländer mit den entsprechenden Technischen Baubestimmungen vereinheitlicht werden. DIN-Normen sollten gestrafft und auf das Wesentliche reduziert werden und nur der technischen Sicherheit dienen. Dabei müssen individuelle Lösungen möglich bleiben. Widersprüche und Inkonsistenzen gerade auch zwischen technischen Regeln und DIN-Normen sind zu beseitigen. Die Normen müssen wieder stärker von öffentlichen Institutionen gestaltet, der Einfluss der Bauindustrie zurückgedrängt werden.

Da mittlerweile 85 % der Norm-Projekte europäischen Hintergrund haben, sollte der Staat die deutsche Vertretung in den internationalen Gremien auch finanziell unterstützen.



Foto: Lutz Abel